

Stellungnahme zum US-Truppenabzug

Die Ankündigung Trumps, dass nun tatsächlich der Abzug amerikanischer Truppen stattfinden wird, macht deutlich, dass die BRD immer noch besetztes Land ist, ohne Mitspracherechte bei so wichtigen militärischen Entscheidungen. So wird die Drohnenstationierung in Ramstein weiter dazu genutzt, tödliche Einsätze von deutschem Boden aus zu starten. Würde die Bundesregierung ihrerseits die Stationierungsverträge mit den USA fristgemäß unter Berufung auf Artikel 25 unserer Verfassung beenden, würde sofort offenbar, dass wir, anders als die USA, nicht frei darüber entscheiden können, welche Waffen in Deutschland stationiert sind. So sind wir nicht frei, das Friedensgebot nach Artikel 23,2 und Artikel 26 unseres Grundgesetzes zu verwirklichen, und Europa ist weit davon entfernt, zu einem System der Sicherheit zu finden, wie es in der Charta von Paris 1990 formuliert und unterschrieben wurde.

Auch wenn die deutsche Politik keine selbstbestimmte Entscheidungsfreiheit in militärischen Angelegenheiten hat, so sollte doch wenigstens das Friedensgebot unserer Verfassung immer wieder im Bewusstsein gehalten werden und nicht der Geschichtsvergessenheit anheimfallen.

Klaus Kenke, Friedensbeauftragter des Kirchenkreises Jülich